Kommunale Identität und die persönliche Identifikation

Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“

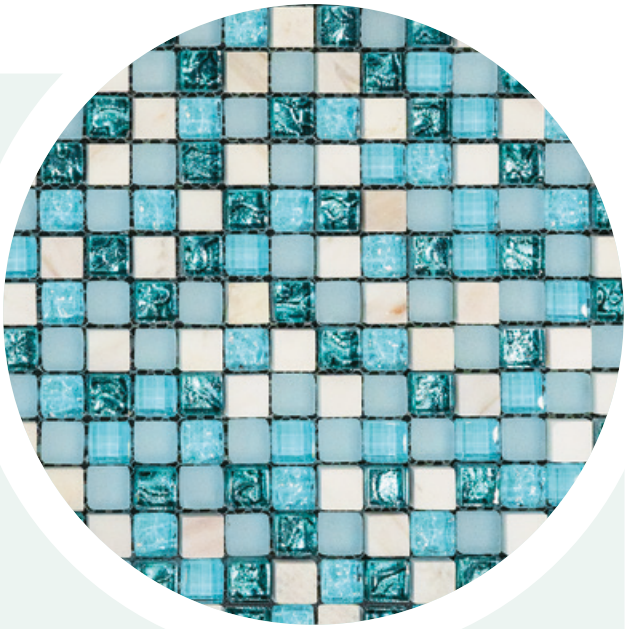
Die eigene Identität im Kontext Kommune – Handlungsoptionen für kommunales Integrationsmanagement

Die Frage nach der eigenen Identität treibt Menschen um und hängt von verschiedensten Dimensionen ab. Identitäten sind nicht eindimensional, sondern mehrdimensional. Sie betreffen die unterschiedlichen Rollen eines Individuums, Aufgaben, Eigenschaften und auch die eigenen Erfahrungen sowie die Erfahrungen, die in einer Gemeinschaft in der Vergangenheit gemacht wurden. Oft aber werden vor allem zugewanderte Menschen eindimensional wahrgenommen, in Bezug auf Zugehörigkeiten zu einer Nation, Ethnie, Religions- oder Sprachengemeinschaft.

Aus politischer Sicht ist das Konzept häufig mit dem Konstrukt der Nation verbunden und besonders in der rechtspopulistischen Rhetorik anzutreffen, die sich stark auf Prinzipien der Homogenisierung und der Exklusion derer die nicht zum Volk gehören, stützt.

Sprechen wir vom Konzept der Identität, geht man häufig davon aus, dass sich die Bildung einer Identität im Spannungsfeld zwischen dem Individuum selbst und seiner ihn umgebenden Umwelt vollzieht. Die eigene Identität wird also auch immer durch das Verhältnis einer Person zu der sie umgebenden Gesellschaft geprägt. Diese Gesellschaft lässt sich ganz unterschiedlich verstehen. So ist damit nicht notwendig der gesamtgesellschaftliche Kontext gemeint; denn häufig spielen sich Identitätskonstruktionen auch auf kommunaler Ebene ab. Immer aber geht es um den Raum, in dem man sich als Individuum bewegt und in dem die Gemeinschaft, zu der man sich zugehörig fühlt, lebt. So können sich der Ort an dem man lebt und die eigene Identifikation mit diesem Raum überschneiden, dies muss aber nicht notgedrungen der Fall sein. „Menschen können sich durchaus mit ihrer Wohngemeinde identifizieren bzw. verbunden fühlen, zugleich aber andere Orte (wenn überhaupt Orte) als ihre Heimat betrachten.“

(Thum, M. / Förtsch, M., / Rösel, F. (2019): Stärkung kommunaler Identität)



Die Gesellschaft in Deutschland wird immer vielfältiger. Sie besteht aus Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen, Identitäten und sozio-kulturellen Hintergründen. Der Umgang mit Vielfalt stellt die Gesellschaft vor die Herausforderung mit der Diversität und dem neuen “Wir” konstruktiv und ohne Angst zu leben. Basierend auf der Beachtung unterschiedlicher Lebensumstände und der Vielfaltsdimensionen, können Städte und Kommunen entsprechende Konzepte entwickeln, um die kommunale Identität aller Stadtbewohner*innen zu stärken.

Im Folgenden soll zunächst die Entwicklung einer kommunalen Identität und dem “neuen Wir” betrachtet werden. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die kommunale Identität und Zuwanderung gelegt. Im Anschluss werden praktische Handlungsempfehlungen gegeben, die helfen können, die Bildung einer kommunalen Identität als wichtigen Teilbereich innerhalb des kommunalen Integrationsmanagements zu etablieren.

Dieser Text ist Teil der vom Projekt NIKO herausgegebenen Reihe: „Praxis kommunales Integrationsmanagement“

Kommunale Identität und Zuwanderung

Kommunale Identität beschreibt das Selbstverständnis und das Bild einer Kommune sowie die Verbundenheit und das soziale Eingebundensein von Bürger*innen mit oder in ihrer örtlichen Stadt bzw. Gemeinde. Dies kann von kulturellen, sozioökonomischen und institutionellen Faktoren abhängen. Ebenso spielen die Eigeninteressen der Bürger*innen wie z. B. Hausbesitz, Elternschaft oder informelle oder formelle Teilhabemöglichkeiten eine große Rolle. Die Identifikation mit dem Wohnort findet auch häufig auf der symbolischen Ebene statt. Identitätsstiftende lokale Aspekte können hierbei Fahnen, Wappen, Trachten oder traditionelle Bräuche sein.

Im Kontext von Integration und Partizipation stellt sich die Frage, welche Faktoren entscheiden, ob zugewanderte Menschen eine kommunale Identität entwickeln. Die Verbundenheit mit der Kommune und mit dem Wohnort sind eine wichtige Voraussetzung für bürgerschaftliches, soziales und politisches Engagement. Diese Faktoren bedingen sich aber auch gegenseitig. Denn durch die direkte Teilhabe an Entscheidungsprozessen im lokalen Raum wird auch das Gefühl der Zugehörigkeit zur Kommune gestärkt. Es müssen also auch die Strukturen der Teilhabe für alle Bewohnenden der Kommune bestehen, um sie in ihrer kommunalen Identität zu bestärken. Die Möglichkeit, das soziale und politische Geschehen vor Ort mitgestalten zu können, ist ein wichtiger Beitrag zur demokratischen Teilhabe.

Die Erarbeitung von Vielfalts- und Integrationsstrategien stellt eine gute Möglichkeit dar, sich mit der kommunalen Identität und den veränderten gesellschaftlichen Realitäten vor Ort auseinander zu setzen. Schließlich ist die Beschäftigung mit einer kommunalen Vision und den Leitorientierungen für die weitere Entwicklung mit den Fragen verbunden: „Warum machen wir das überhaupt? Was ist unsere Vorstellung von der Zukunft?“ Die Identifikation und die Bindung mit dem eigenen Lebensort kann für Menschen mit ihrer ganzen Vielfalt die eigene Kommune zu einem gemeinsamen Raum werden lassen, in dem Unterschiedlichkeiten gelebt, Schwierigkeiten aktiv bearbeitet und gemeinsame Ziele realisiert werden. Der bewusste Umgang mit Vielfalt und Integration kann in der Kommune Frieden, politische Stabilität, Toleranz und das soziale und ehrenamtliche Engagement fördern, so dass ausgrenzende Tendenzen weniger Chancen haben. Die Bindung an einen Ort, sowie die Verbundenheit mit den Werten des Zusammenlebens eröffnen ein Verständnis füreinander und befördern die aktive Teilhabe auch von Zielgruppen, die oft nicht im öffentlichen Fokus stehen. Kommunale Identität braucht dafür strukturelle und institutionelle Voraussetzungen.

Welche Prozesse innerhalb des Integrationsmanagements angestoßen werden müssen, um kommunale Identität zu fördern und welche praktischen Maßnahmen diesbezüglich greifen, wird im Folgenden dargestellt.

Kommunale Identität und Integrationsmanagement

Ein kommunales Integrationsmanagement versteht lokale Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe und zielt auf deren strategische Bearbeitung. Es basiert auf einem Integrationsverständnis, das davon ausgeht, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft gleichermaßen für eine gelungene Integration verantwortlich sind.

Somit ist ein partizipativer Ansatz im Integrationsmanagement ganzheitlich ausgerichtet und versucht zielgerichtet eine möglichst große und heterogene Zahl an entscheidenden Akteur*innen einzubinden. Um die Einbindung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf kommunaler Ebene, auch in Hinblick auf die kommunale Identifikation der Einwohner*innen, zu unterstützen und zu fördern, gibt es unterschiedliche Instrumente. Im Folgenden werden diese vorgestellt, wobei zunächst die Erarbeitung verschiedener Handlungsfelder in Form von Leitlinien wichtig erscheint. Die Leitlinien bieten der Kommune und den zuständigen Akteur*innen (Verwaltung, Integrationsbeauftragte, Bildungskoordinator*innen,etc.) eine Grundlage, um die einzelnen Schritte hin zur Etablierung kommunaler Identität, adäquat zu unterstützen.

Maßnahmen, die sich auf die Entwicklung einer kommunalen Identität positiv auswirken können:

Anerkennungskultur

- gesamtgesellschaftliche Grundhaltung von Offenheit und Akzeptanz
- Herkunft nicht als Barriere sehen
- Einbürgerungsfeiern, Stadtführungen für Neubürger*innen, Integrationsleitlinien und -konzepte, Vielfaltsstrategien
- Stadtgeschichte offenlegen und dabei Vielfalt als inhärenten Aspekt hervorheben (z. B. Geschichte der Gastarbeiter*innen in der Stadt)
- Ehrungen im Rahmen von Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit

Partizipation

- chancengleiche Teilhabe an allen zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Arbeit, Wohnen, Bildung, etc.)
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements
- Barrierefreie Zugänge, insbesondere mit Blick auf Sprache und Bildung ermöglichen
- Ausländer- und Migrationsbeiräte mit Ressourcen ausstatten
- Mitgliederwerbung in Gremien, Parteien, politischen Parteien, Vereinen

Gleichwertige Lebensverhältnisse

- bei Planungs- und Entwicklungsprozessen in ländlichen Räumen konsequent die Vielfalt der Bevölkerung mitdenken
- lokale Schlüsselakteur*innen (Bürgermeister*innen, Landrät*innen, Pfarrer*innen, Kommunalpolitiker*innen) für die Themen Vielfalt, Zuwanderung, Identität sensibilisieren und einen offenen Dialog darüber führen
- Interkulturelle Öffnung der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere in den Sozialen Dienstleistungen, aber auch in den Technischen Dienstleistungen, insbesondere ÖPNV und sozialer Wohnungsbau

Diskriminierung und Rassismus bekämpfen

- Anerkennung von Diskriminierung und Rassismus als gesellschaftliches und strukturelles Problem
- sicher sein und informiert sein
- klare Positionierung der Verwaltungschefs und der obersten politischen Leitung gegen Rassismus durch gezielte Aktionen/Projekte
- Teilhabe und Inklusion in allen Bereichen des Lebens
- Antidiskriminierungsstellen, Beschwerdemanagement

Zusammenhalt und Begegnung stärken

- Orte der Begegnung schaffen und informellen Informationsaustausch ermöglichen (Parks, Stadtteilzentren, Dorfläden, Interkulturelle Gärten, Kulturläden)
- Begegnungen auf persönlicher Ebene fördern
- Netzwerke entwickeln und fördern
- Methoden entwickeln, um alle Bürger*innen einzubinden

Koordinierungsstellen schaffen

- Zuwanderung als Teil eines gesamtgesellschaftlichen Erfahrungs- und Veränderungsprozesses betrachten und entsprechende Stabsstellen zur aktiven Bearbeitung relevanter Themen schaffen
- Integrationsbeauftragtenstellen, Interkulturelle Stellen, Willkommenszentren

Interkulturelle Orientierung und Öffnung

- Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe
- Organisationsentwicklungsprozess innerhalb der Verwaltung
- die kommunale Integrationsarbeit mit ausreichenden finanziellen und personalen Ressourcen ausstatten
- Entscheider*innen aus Politik und Verwaltung sind für die Vielfalt in der Kommune sensibilisiert
- Zugewanderte Einwohner*innen werden als aktive Gestalter*innen der Kommune wahrgenommen und eingebunden

Kommunikation und Konfliktfähigkeit stärken

- Strukturen in der Kommune schaffen, die einen Dialog mit und zwischen allen Einwohner*innen unabhängig von Herkunft, Kultur, Weltanschauung und Religion ermöglichen
- sprach- und kultursensible Kommunikation stärken
- kreative Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertvorstellungen
- Beschwerdestellen, Mediationsstellen, Informationsveranstaltungen
- Raum der Begegnung, Dorfgespräche, Stadtteilgespräche, Interreligiöse Dialoge

Öffentlichkeitsarbeit

- Zusammenarbeit zwischen der Pressestelle der Verwaltung und den verantwortlichen Integrationsbeauftragten, Bildungskoordinator*innen, etc.
- Herausgabe von Broschüren zum Interkulturellen Leben in der Stadt mit Verweis auf Migrant*innenvereine
- Veröffentlichung der Interkulturellen Leitlinien, Integrationskonzepte, Vielfaltsstrategien in Hinblick auf alle Bürger*innen
- regelmäßige Veröffentlichung von Themen der Zuwander*innen in der kommunalen Presse, nicht als Sonderthema
- Zuwander*innen in kommunalen Informationsbroschüren als Zielgruppe wahrnehmen z.B. Seniorenfibel, Bestattungsinformation, Bürgerbroschüre, etc.

Fazit und Ausblick

Integrations- und Vielfaltskonzepte müssen sich also auch immer die Etablierung einer kommunalen Identität, die alle Stadtbewohner*innen einschließt, zum Ziel setzen. Erst wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt und die emotionale Verbundenheit und Identifikation mit der Kommune von weiten Teilen der Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungsgeschichte getragen und unterstützt werden, kann ein "neues Wir" entstehen. Letztlich aber bedarf es zur Unterstützung eines "neuen Wir" in einem ersten Schritt der Erkenntnis, dass auch eine Kommune eine feststehende Identität besitzt, die bestimmte Menschen einschließt und andere ausschließt. Somit braucht es, um ein "neues Wir" zu schaffen, letztlich auch ein neues Narrativ.

(Foroutan, N. (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie)

Es geht darum, wie die Geschichte einer Gemeinschaft erzählt wird beziehungsweise wer in diesen Vergangenheitsbezügen vorkommt und wer nicht. Um schließlich ein neues Narrativ in dem kollektiven (Stadt-)Gedächtnis zu verankern, bedarf es bestimmter Vorgänge, die auf Kommunalebene von verschiedenen Stellen unterstützt werden können. Die oben genannten Maßnahmen aus der Praxis geben hierbei wichtige Impulse und können diesen Prozess befördern. Dies ist eine gute Basis, die allerdings fortwährend gestärkt und weiterentwickelt werden muss, um für die zu erwartenden Herausforderungen in der Zukunft gewappnet zu sein.

www.netzwerk-iq.de
www.via-bayern.de
www.migranet.org/niko

Sina Hörl
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Augsburg und Integrationsbeauftragte der Stadt Freising.

Meral Meindl
Dipl. Sozialpägogin (FH), Trainerin und Beraterin für Interkultur, Diversity und Partizipation

Impressum

Herausgeber:
NIKO – Netzwerk Interkulturelle Öffnung Kommunen Bayern
VIA Bayern e.V. – Verband für Interkulturelle Arbeit

Landwehrstraße 22 | 80336 München
Tel.: +49 (0)89/41 90 27 28 | Fax: +49 (0)89/41 90 27 27
https://www.migranet.org/niko | https://www.via-bayern.de

NIKO ist ein Teilprojekt von MigraNet – Landesnetzwerk Bayern im Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ (IQ).

Autorinnen:
Sina Hörl
Meral Meindl

Redaktion:
Katharina Hörmann
Katrin Kuhla
Jakob Ruster

Stand:
2020

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

In Kooperation mit:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Bundesagentur für Arbeit